

# Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2025/0347/1

Verantwortlich: **Dez. 2**  
Dienststelle: **Ordnungs- und  
Bürgeramt**

## Einschränkung des Verkaufs von Lachgas beziehungsweise Verkaufsverbot von Lachgas an Jugendliche in Karlsruhe ermöglichen Änderungsantrag: CDU

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	24.06.2025	11.1	Ö	Entscheidung

### Kurzfassung

Die Verwaltung wird die Umsetzung des von der Bundesregierung angestrebten Verkaufsverbots von Lachgas verfolgen. Sollte keine bundesweit geltende Regelung greifen, sagt die Verwaltung eine erneute polizeirechtliche Prüfung und Rückmeldung hierzu an dem Gemeinderat zu.

Die Verwaltung empfiehlt den Änderungsantrag in diesem Sinne als erledigt zu betrachten.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
<b>Finanzierung</b> <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

<b>CO<sub>2</sub>-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz</b> Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
<b>IQ-relevant</b>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
<b>Abstimmung mit städtischen Gesellschaften</b>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

## **Erläuterungen**

Zu dem von der Bundesregierung angestrebten Verbot von Lachgas liegt zwischenzeitlich ein Referentenentwurf vor. Die Verwaltung wird den Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens sowie die rechtliche Entwicklung insgesamt weiterhin verfolgen.

Sollte keine bundesgesetzliche Regelung kommen, wird eine erneute polizeirechtliche Prüfung und Rückmeldung an den Gemeinderat hierzu zugesagt.